

Halb drin oder ganz draussen?

Angeblich möchte Josef Ackermann zurück in die Schweiz kommen – zur UBS



Hohes Handicap. Bis 2010 ist Josef Ackermann vertraglich an die Deutsche Bank gebunden. Dennoch wird spekuliert. Foto Keystone

MARKUS SUTTER, Berlin

Der Schweizer Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, sehne sich nach seiner Heimat zurück. Er liebäugle mit einem Wechsel an die Spitze der UBS, meldete die Online-Ausgabe der «Zeit». Die Deutsche Bank demotiert.

Für die heutige Donnerstagsausgabe kündigte die «Die Zeit» einen echten personellen Knüller aus der Wirtschaftsfrent an. Josef Ackermann erwäge eine Rückkehr in sein Heimatland, meldete der On-

line-Dienst der deutschen Wochenzeitung. Der Chef der Deutschen Bank habe in einem kleinen Kreis verlauten lassen: «Falls eine schriftliche Anfrage der UBS kommt, werde ich sie ernsthaft prüfen.» Abgesehen davon hätten Vertraute berichtet, dass sich Ackermann in letzter Zeit sehr für die Geschichte der UBS interessiert und auch oft über diese Schweizer Bank gesprochen habe.

Damit nicht genug: Die UBS soll schon seit Wochen auf der Suche nach einer neuen Führung sein. Mehrere Quel-

len hätten bestätigt, dass der UBS-Verwaltungsrat seine Spitze mit Präsident Peter Kurer und Vorstandschef Marcel Rohner auswechseln möchte. Den beiden würden Altlasten zu schaffen machen: Sowohl Kurer wie Rohner drohten ins Visier der US-Strafverfolgungsbehörden zu kommen.

REGIERUNGSANFRAGE. Was aber bräuchte es, um den Chef der Deutschen Bank die Rückkehr in die Schweiz so richtig schmackhaft zu machen? «Um Ackermann zu locken, müsste

ein Angebot so aussehen, dass er in seiner Funktion als UBS-Präsident auch grundsätzlich zur Stärkung des Schweizer Finanzplatzes beitragen würde», mutmasst die «Zeit». «Ideal wäre es daher, wenn die Anfrage von einer offiziellen Regierungsstelle der Schweiz flankiert würde.» Die Presseabteilungen der beiden involvierten Banken können mit der neuesten Schlagzeile allerdings nichts anfangen. Die Deutsche Bank dementierte ohne Wenn und Aber: Josef Ackermann plane nicht, seine Position als

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank aufzugeben, betonte Frank Hartmann von der Deutschen Bank gegenüber der BaZ. Und die UBS: «Zu Marktgerüchten nehmen wir grundsätzlich keine Stellung.»

Nun handelt es sich bei der «Zeit» um ein äusserst angesehenes Zeitungsorgan. Dass die Redaktion ihren guten Ruf mit der Verbreitung eines blossen Gerüchts so leicht aufs Spiel setzt, ist kaum anzunehmen. Wenn eine personelle Ablösung bei der UBS wirklich zur Debatte steht, dürfte Ackermann sicher zu den absoluten Wunschkandidaten zählen. Er genießt in Bankkreisen einen vorzüglichen Ruf (in der Bevölkerung weniger). Die Deutsche Bank wurde zwar auch in den Sog der Finanzkrise hineingezogen. Im Vergleich zu anderen Instituten hält sich der Schaden beim Frankfurter Institut allerdings in Grenzen.

NICHT BILLIG. Doch bei allen Qualitäten, über die er verfügt: Ein Handicap von Ackermann ist nicht (billig) aus der Welt zu schaffen: Sein Vertrag bei der Deutschen Bank läuft noch bis 2010. Ackermann hat stets beteuert, dass er seine vertraglichen Pflichten dort bis zum Schluss erfüllen will. Abgesehen davon dürfte in seinem Arbeitsvertrag ein Konkurrenzverbot verankert sein. Gerüchte um Ackermann sollten auch deshalb relativiert werden, weil er immer wieder ins Gespräch gebracht wird, wenn bei einem Grossunternehmen eine Spitzenposition zu besetzen ist – vor Kurzem gerade bei Citigroup.

nachrichten

Swift ohne Schutz vor US-Geheimdiensten

LA HULPE. Die belgische Datenschutzkommission stellt der Finanzorganisation Swift einen Persilschein aus: Bei ihren Bankdatenlieferungen an die amerikanischen Behörden habe Swift das Datenschutzgesetz respektiert, schreibt die Kommission in einer Medienmitteilung. Sie habe daher beschlossen, die Akte Swift zu schliessen. Allerdings verweist die Kommission auf die problematischen Umstände, in denen sich Swift befand. Private Firmen seien nicht gewappnet, sich gegen die «problematische Ausnutzung» durch «gewisse Staaten» zu schützen. Es sei daher so wichtig «wie nie», internationale Mechanismen des Datenschutzes zu errichten. Swift hatte den US-Behörden Daten zum internationalen Zahlungsverkehr übergeben. hec

Computer statt Eisenbahnwagen

PRATTELN. Im Januar geht in Pratteln eines der schweizweit grössten anbieterunabhängigen Rechenzentren in Betrieb. Im Endausbau bietet es auf einer Fläche von 2000 m² Platz für jegliche Art von Computersystemen. Das Rechenzentrum steht Kunden zur Verfügung, welche für ihre Computeranlagen einen Standort suchen oder für solche getrennte Einrichtung zu einem Rechenzentrum brauchen. Es dient auch jeglicher Art von Internet-Anbietern, Telecom-Anbietern oder Netzbetreibern. Das Rechenzentrum wird von der neu gegründeten Firma ColoBäle AG betrieben. Aktionäre sind die ImproWare AG Pratteln, die Elektra Baselland (EBL) und NTS Workspace AG Bern. as

Ruag kauft Munitionsfabrik

BERN. Der Technologiekonzern Ruag übernimmt MFS 2000, einen ungarischen Hersteller von Kleinkalibermunition. Der Preis für das Unternehmen mit 210 Mitarbeitenden wurde nicht genannt. Mit dem Kauf stärkt Ruag seine Sparte für kleinkalibrige Munition. MFS 2000 mit Sitz nordöstlich von Budapest produziert Munition für Armeen, Behörden, den Zivilmarkt und für Jagd und Sport. Zuletzt war das Unternehmen im Besitz einer privaten Aktionärsgruppe. SDA

Sandoz: Zulassung für Biosimilar

CHAM. Die Novartis-Tochter Sandoz erhält für ihr erstes Biosimilar grünes Licht von der Zulassungsbehörde Swissmedic. Das Biosimilar mit dem Namen Binocrit wird gegen Blutarmut in der Niere eingesetzt. Dank dem Vorbescheid soll Binocrit Mitte 2009 in der Schweiz eingeführt werden. Biosimilars sind Nachahmerprodukte von biotechnologisch hergestellten Arzneien und aufgrund der höheren Margen lukrativ für Generikahersteller. mka

apéro

Am Weihnachtsbaum

MUTIG. In weiser Voraussicht verlegte die Bank Julius Bär ihren Kundenanlass vom Sitz an der Freien Strasse an die Gerbergasse in die Safran-Zunft. Rund um den geschmückten Baum hörten sich gestern Abend unter der Schirmherrschaft von Lokalchef **Claude Scharrowski** 250 Gäste unweihnachtliche Geschichten von Chefökonom **Janwillem Acket** an. Er berichtete von der Vergangenheit viel, von der Zukunft wenig Präzises. Er sprach von «grauenhaften» neuen US-Indikatoren. Dennoch war der Holländer mutig: Wer heute an Horrortagen Aktien kaufe, könne sich irgendwann mal darüber freuen. FE.

«Schlechte Moral – schlechte Ökonomie»

CHRISTIAN MIHATSCH



Für seine Arbeiten zum Aussenhandel hat Paul Krugman (Foto) gestern in Stockholm den Wirtschaftsnobelpreis erhalten. Doch der streitbare Ökonom versteht sich nicht nur auf trockene Wissenschaft. Auf seinem Blog «Das Gewissen eines Liberalen» und in seiner Kolumne für die «New York Times» nimmt er pointiert zu Politik und Wirtschaft Stellung.

Krugmans besonderes Augenmerk gilt dabei der Wirtschaftspolitik von Präsident George Bush: **«Die Bush-Leute entwickeln keine Politik, um mit Problemen umzugehen. Sie nehmen Probleme, um damit Dinge zu rechtfertigen, die sie eh tun wollten.»** Wer diese Leute sind, ist für ihn klar: **«Wir haben eine Allianz zwischen der religiösen Rechten und den Superreichen. Diese konservative Bewegung hat sich mit Geld die republikanische Partei gekauft»** und verfolgt nun **«eine Politik der Ungleichheit»**. Diese Politik hat die aktuelle Krise mitverschuldet: **«Die Finanzkrise ist nicht allein Schuld dieser Administration. Aber sie ist die Frucht der Philosophie dieser Regierung.»** Krugman stellt fest: **«Schlechte Moral – schlechte Ökonomie.»** Auf den Punkt bringt er dies hinsichtlich der Beziehungen zwischen den USA und China: **«Der Handel mit China ist fair. Die schicken uns vergiftetes Spielzeug, wir revanchieren uns mit betrügerischen Wertpapieren.»**

Leider lässt sich das in Krugmans Augen aber nicht so schnell korrigieren: **«Uns stehen sehr, sehr harte Jahre bevor.»** Und die derzeit diskutierten Massnahmen bringen auch nichts: **«Die Hilfen für die US-Autobauer zeigen mangelnde Bereitschaft, mitten in einer Wirtschaftskrise das Scheitern einer grossen Industrie zu akzeptieren.»** Ja, selbst Ökonomen kennen keine Lösung zur aktuellen Krise, denn: **«Ökonomen treffen in ihren Modellen viele dumme Annahmen. Sie wiederholen diese dann so oft, bis sie ihnen normal vorkommen.»**

Aber auch Notenbanker kochen nur mit Wasser: **«Wenn Sie ein einfaches Modell suchen, um die US-Arbeitslosenquote vorherzusagen, hier ist es: Nehmen Sie die Quote, die Greenspan gerne hätte und addieren Sie eine Zufallszahl, die den Umstand reflektiert, dass Greenspan nicht Gott ist»**, spottete Krugman über den ehemaligen Chef der US-Notenbank Alan Greenspan. Da bleibt nur Auswandern, am Besten ins All. Aber auch dort bleibt man von Krugman nicht verschont, der eine Theorie über den interstellaren Handel entwickelt hat: **«Dieser Artikel ist eine ernste Analyse eines lächerlichen Themas, was das Gegenteil ist von dem, was in den Wirtschaftswissenschaften üblicherweise gemacht wird.»** Da kam der Nobelpreis natürlich nicht überraschend: **«Wenn ich absolut und komplett ehrlich bin, habe ich schon gedacht, dass dieser Tag einmal kommen würde.»**

Die EU bekämpft falsche Medikamente

Mehr Sicherheit dank Siegeln und Hologrammen

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Mit neuen Sicherheitsmerkmalen auf der Verpackung will die EU Patienten vor gefälschten Medikamenten schützen. EU-Parallelhändler dürfen Medis aber weiterhin umpacken. Die Schweiz wird die Vorschriften übernehmen.

Die EU will Medikamentenfälschungen mit neu vorgeschriebenen Sicherheitsmerkmalen auf den Verpackungen erschweren. Zudem soll die Bevölkerung leichter Zugang zu Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente erhalten. Diese Vorschläge sind Teil eines umfassenden Gesetzespakets für die Pharmaindustrie, das Industriekommissar Günther Verheugen gestern vorstellte und das noch von Parlament und Rat genehmigt werden muss.

Künftig soll auf Medikamentenpackungen neben dem Barcode, mit welchem der Weg des Medikamentes bis zur Produktion rückverfolgt werden kann, ein sogenanntes Authentizitätsmerkmal, beispielsweise ein Hologramm, sicherstellen, dass in der Packung das richtige Medikament drin ist. Ein Siegel soll zudem beweisen, dass die Verpackung nicht geöffnet wurde.

Weiterhin erlaubt ist das Umpacken von Medikamenten, wie es die Parallelhändler tun, da sie die im Importland geltenden Packungsvorschriften einhalten müssen. «Der Parallelhandel ist in der EU erlaubt», betonte Verheugen. Die Parallelhändler dürfen einzig die unmittelbare Verpackung der Pillen, den sogenannten Blister, nicht öffnen. Verhindert werden sollen laut Verheugen nur «dubiose Praktiken im Parallelhandel». Die neuen Sicherheitsmerk-

male entsprechen einer Forderung der Pharmaindustrie, weshalb sie Thomas B. Cueni vom Verband Interpharma als «Schritt in die richtige Richtung» begrüsst. Er bedauert aber, dass Verheugens ursprüngliche Pläne verwässert wurden. Die Pharmaindustrie hätte laut Cueni ein Umpackungsverbot bevorzugt, um die Sicherheit während der ganzen Lieferkette sicherzustellen. Der Verband der Parallelhändler begrüsst dagegen gestern den Vorschlag, um den hinter den Kulissen ein heftiger Kampf getobt hatte.

PILOTVERSUCH. In der Schweiz läuft laut Joachim Gross, Sprecher von Swissmedic, ein Pilotversuch mit neuen Sicherheitsmerkmalen für Medikamente. Falls die EU die neuen Vorschriften einführt, werde die Schweiz dies ebenfalls tun, sagte Gross. Eine Verpflichtung dazu besteht nicht. Allerdings machen unterschiedliche Vorschriften wenig Sinn, da sich beispielsweise die Basler Firmen für den Export sowieso an die EU-Regeln halten müssen.

Umstritten sind auch Verheugens Pläne, das in der EU geltende Informationsverbot für Arzneimittel aufzuheben. Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente bleibt in der EU im Unterschied zu den USA weiterhin verboten. Neu erlaubt werden soll aber, dass in Gesundheitsbeilagen von Printmedien sowie im Internet über Preise, Anwendung sowie Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten informiert wird. Mit einem Verhaltenskodex will Verheugen Schleichwerbung verhindern. Konsumentenorganisationen warnen vor der Verwischung der Grenze zwischen Werbung und Information.